

KLARTEXT



Großstadt Bezirk

Es ist eine typische Diskussion in Berlin: wenn es mal irgendwo nicht läuft, dann muss es an der zweistufigen Verwaltung in der Stadt liegen, also daran, dass es Senat und Bezirke gibt. Gern sollen dann mal schnell die Bezirke abgeschafft werden. Komisch, dass diese Diskussion gerade wieder an Fahrt gewinnt, wo reihenweisen Landesbehörden nicht so gut dastehen – ob nun das in aller Munde befindliche Lageso oder die für Verkehrs- und Baustellenregelungen zuständige Verkehrslenkung Berlin des Senats. Die Bezirke haben als Schlechtleistung die Bürgerämter zu bieten – schlimm genug, aber das sollte dann doch lieber nicht in Landeshand geraten. In Bayern – da gibt es eine vierstufige (!) Verwaltung – würde darüber keiner diskutieren, sondern jeder fragen, an welchen Ressourcen hakt es denn nun? In Berlin wird darüber schwadroniert, eine Landesbehörde für den Schulbau zu gründen, damit es dann mit der Schulsanierung besser läuft. Hoffentlich wird die Entscheidung darüber erst nach Erreichen meines Pensionsalters, also 2045, getroffen. Solange würde ich lieber die Frage diskutieren, ob wir nicht mehr Geld für die praktische Sanierung von Schulen und

Kitas zur Verfügung stellen und die Vorbereitungen dafür mit eigenem Personal treffen. Dann müssen in den Bezirken mehr Mitarbeiter in den Hochbauämtern eingestellt und ein paar Millionen Euro jedes Jahr mehr für Bauarbeiten überwiesen werden. Die Bezirke muss man dafür nicht abschaffen, auch nicht ihre Aufgaben und schon gar nicht Ressourcen in den Aufbau eines weiteren Landesamtes – oder sollte man besser sagen „Landesanstalt“ – stecken.

Jeder der zwölf Berliner Bezirke ist so groß wie eine Großstadt. Die Hälfte der sechzehn deutschen Landeshauptstädte ist genauso groß oder sogar kleiner als ein einzelner Berliner Bezirk! Wer würde da auf die Idee kommen, dass diese Städte auf eine eigenständige Verwaltung mit gewählter Stadtspitze verzichten sollen? Oder glaubt jemand, wenn in Berlin alle Fragen in der Mitte der Stadt konzentriert werden, dass sich dort jemand eingehend mit einer verstopften Regenentwässerung oder einem Schlagloch in der Kunibertstraße beschäftigt?

Nein, die zwölf Berliner Großstädte in den Bezirken müssen eher noch in ihrer Einflussnahme und damit Verantwortung gestärkt werden. Es versteht niemand, dass Bezirke in einer Nebenstraße ein Tempo-30-Schild anbringen dürfen, in der Hauptstraße daneben aber den Senat fragen müssen. Nicht nur hier gilt: mehr Verantwortung für die Bezirke wagen.

Ihr

Oliver Igel

Rentenangleichung nicht aufschieben

Mit Unverständnis reagiert Matthias Schmidt, MdB, auf die Ankündigung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder, die Rentenangleichung in dieser Wahlperiode nicht mehr voranzutreiben.

„Das wäre Verrat an Menschen mit ostdeutscher Erwerbsbiographie, die mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit endlich eine Gleichstellung der Renten erwarten dürfen.“ Bundesministerin Andrea Nahles

bleibt hartnäckig und wird im Sommer einen Bericht über den Angleichungsprozess vorlegen und darauf basierend einen Gesetzentwurf zur weiteren Angleichung erarbeiten. Das Ziel sei nach wie vor, eine vollständige Rentenangleichung 2020 zu erreichen. „Das haben wir im Koalitionsvertrag verankert und wir lassen uns nicht durch die Hintertür davon abbringen“ unterstützt der Treptow-Köpenicker SPD-Abgeordnete die Arbeits- und Sozialministerin.



Foto: Fridolin Freudenfett

Tagen und Lernen am Strandbad

Machbarkeitsstudie zum Strandbad Müggelsee vorgestellt

Dieser Vorschlag krönt die Machbarkeitsstudie zum Strandbad Müggelsee: Aufgrund hoher Auflagen zu Umwelt- und Denkmalschutz könne die Entwicklung nur in Richtung Waldbad gehen, so das Büro dwif, das die Studie im Auftrag des Bezirksamtes erstellt und Mitte Februar öffentlich im Rathaus Köpenick vorgestellt hatte. Damit untermauert sie alle bisherigen Aussagen und Pläne zum künftigen Charakter des Strandbadareals.

Das denkmalgeschützte Strandbad-Gebäude, das Bungalowdorf Jugenddorf, die marode Großgaststätte und das Saunagebäude wurden unter die Lupe genom-

men – und immer beschränken hohe Auflagen Möglichkeiten der Entwicklung.

Für das denkmalgeschützte Gebäude sieht der Gutachter eine Zukunft als Tagungs- und Lernort vor. Eine ausschließliche Nutzung für die Gastronomie sei nicht wirtschaftlich. Das Saunagebäude könne in eine moderne Strandsauna entwickelt werden, aus dem Bungalowdorf könne ein kleiner Mobilehomepark am Wasser werden. Dieses Gelände gehört den Berliner Forsten und kann nur mit dem Waldcharakter ohne weitere ortsfeste Bauten entwickelt und betrieben werden. Die Großgaststätte jedoch habe keine Zukunft,

eine Sanierung sei unverhältnismäßig und ein wirtschaftlicher Betrieb unmöglich, so der Leiter des dwif, Dr. Mathias Feige.

Deutlich wurde, dass sich die Betriebskosten auch weiterhin nicht annähernd decken lassen werden. Das Gelände ist seit Jahren in bezirklichem Vermögen und verursacht jährlich Kosten in sechsstelliger Höhe. Es muss darum gehen diese zu minimieren, betonte Bezirksbürgermeister Oliver Igel und appellierte an die Verantwortung der Landesebene. Immerhin habe der Bund nun auch Verantwortung übernommen, ergänzte Matthias Schmidt, für Treptow-Köpenick im Deut-

schen Bundestag. Er hatte vier Millionen Euro aus Bundesmitteln eingeworben. Weitere vier Millionen stellt das Land Berlin aus SIWA-Mitteln zur Verfügung. Diese Mittel könnten die lang erwartete Initialzündung für die weitere Entwicklung des Strandbadgeländes werden und möglich machen, das Strandbad Müggelsee als Denkmal zu sichern und modern zu nutzen.

Die Studie kann online eingesehen werden: www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/wirtschaftsfoerderung/

„Aktives Zentrum“ Dörpfeldstraße

Bei der Auftaktveranstaltung zum Städtebauförderprogramm „Aktives Zentrum“ für die Wiederbelebung der Dörpfeldstraße in Adlershof wurden erste Schwerpunkte vorgestellt: Die Straße soll wieder zu ihrer früheren Funktion als Geschäftsmeile und Mittelpunkt des Stadtteils kommen.

Unter dem Motto „Adlershof für Jung und Alt – Traditionell und Innovativ“ beschreibt das integrierte Stadtentwicklungskonzept, wie das alte mit dem neuen Adlershof jenseits der neuen S-Bahnbrücke zusammenwachsen und als Eingang zu Berlin sichtbar gemacht werden kann. Insgesamt soll der Kiez rund um die Dörpfeldstraße für alle erschlossen



Einladungsflyer des Bezirksamtes zur Auftaktveranstaltung am 10. Februar

werden. Maßnahmen könnten Mehrgenerationen-Wohnen, die Schaffung neuer und der Erhalt alter Begegnungspunkte sowie die höhere Sichtbarkeit lokaler Kultur im öffentlichen Raum sein.

Schwerpunkte liegen auch in einer besseren und sichereren Verkehrsanbindung, in der größeren Vielfalt von niedrigschwelligem Beratungs-

und Informationsangeboten und der Öffnung von Bildungsstätten mit seinen Sport- und Grünflächen. „Durch Baumaßnahmen und den Aufbau sozialer Infrastruktur wird die Umgebung der Dörpfeldstraße erlebbarer für die Alteingesessenen und für die Neuen“, so Ellen Haußdörfer, für Adlershof im Abgeordnetenhaus.

Um von Anfang an maximale Transparenz zu gewährleisten, zeichnet sich das Förderprogramm durch eine hohe Bürgerbeteiligung aus, die vor Ort Bewohner, Eigentümer und Gewerbetreibende, Bezirks- und Landespolitiker in den Prozess einbezieht: „Alle sollen ein großes Netzwerk bilden und das öffentliche Bild der Dörpfeldstraße mit Marketingideen, attraktive Angebote für jedermann, Events und gutem Baustellenmanagement prägen. Jetzt ist der Startschuss für ein tolles Programm gefallen, das mit vielen Projekten große Wirkungen erzielen wird“, ist Ellen Haußdörfer zuversichtlich, dass der Mittelpunkt des alten Ortskerns bald wieder im alten Glanz erstrahlen wird.

IN DIESER AUSGABE

BAUSTELLEN

Planungen für Friedrichshagen

Seite 2

GLÜCK ODER STRESS?

Die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie

Seite 3

ÄLTER, JÜNGER, VIELFÄLTIGER

Bevölkerungswachstum und demografischer Wandel

Seite 7

INVESTITIONEN

Straßen, Rad-, Gehwege

Seite 8

TERMINE

SPRECHSTUNDEN
DER SPD-POLITIKER

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
14. März 2016
10.30 bis 11.30 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Zimmer 173

Rainer Hölmer
Stadtrat für Stadtent-
wicklung und Umwelt
16. März 2016
15.00 bis 17.00 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Zimmer 165,
mit Anmeldung unter
Telefon 90297-2202

Robert Schaddach
Mitglied des Abgeord-
netenhauses für Damm-
vorstadt, Kölln.Vorstadt /
Spindlersfeld, Bohnsdorf,
Grünau, Schmöckwitz
8. März 2016, 17-18 Uhr
in der Kiezspindel,
Rudower Straße 37/39,
12557 Berlin
15. März 2016, 17-18 Uhr
im Kiezclub Bohnsdorf,
Dahmestraße 33,
12526 Berlin

Tom Schreiber
MdA für Altstadt/Kietz,
Allende-Viertel, Wen-
denschloss, Müggelheim
15. März 2016,
9.30 - 10.30 Uhr
in der Begegnungsstätte
Allende II, Alfred-
Randt-Straße 42
30. März 2016, 19-20 Uhr
im Dorclub
Müggelheim,
Alt-Müggelheim 21

TRÄGER DES QUARTIERS-
MANAGEMENT KOSMOS-
VIERTEL STEHT FEST

Das Quartiersmanage-
ment der Sozialen Stadt
im Altglienicker Kos-
mosviertel kann losge-
hen. Die „Stadtküm-
merei Gesellschaft für
integrierte Stadtent-
wicklung mbH“ steht
nach Bewerbungs- und
Auswahlverfahren als
Träger fest.

Aktuell betreut die
Stadtkümmerei zwei Ge-
biete in Neukölln: die
Donaustraße-Nord und
die Flughafenstraße, bis
zum letzten Jahr war
man im Wrangelkiez in
Kreuzberg erfolgreich.
Viele Projekte konnten
mit Bürgerbeteiligung
und Vernetzung lokaler
Akteure umgesetzt wer-
den. Nach Ende des Pro-
gramms tragen sich viele
davon selbst. „Ich bin
optimistisch, dass die
Stadtkümmerei mit ihrer
Erfahrung viele positi-
ve Impulse für das Kos-
mosviertel setzen kann
und wir am Ende einen
blühenden, lebendigen
Kiez haben werden“, so
Ellen Hausdörfer, Abge-
ordnete für Altglienicke
und stadtentwicklung-
politische Sprecherin der
SPD-Fraktion des Abge-
ordnetenhauses.

„Vom Ergebnis werden alle profitieren“

Baustellen in Friedrichshagen: Früher Fluch, später Segen

Die Christophoruskirche war bei der Veranstaltung zur Baustellenplanung für Friedrichshagen bis auf den letzten Platz besetzt. Beginn ist im März 2016 und ein Ende ist nicht vor 2018 zu erwarten.

Friedrichshagen wird profitieren von Lärmschutzwänden an der S-Bahn- und Fernbahn sowie von besseren und leiseren Gleisbetten der Straßenbahn auf dem Müggelseedamm und auf dem Fürstenwalder Damm zur Vorbereitung des Einsatzes von barrierefreien Niederflurbahnen, ab frühestens 2017 auch von einer Neuordnung des Straßenraums der Bölschestraße. Eine Sperrung des Müggelseedamms für die Maßnahmen am Straßenbahngleisbett ist vom 8.8. bis 5.9. vorgesehen, danach folgt der Fürstenwalder Damm von Bölsche- bis Hartlebenstraße vom 5.9. bis 5.12..

Die Bahn wird auf einer Länge von 2 Kilometern Schallschutzwände mit 4 bis 5 Metern Höhe errichten. Der Bahnhof Friedrichshagen wird zur besseren Erreichbarkeit einen Südzug



Bölschestraße: Eine Neuordnung ist in Planung Foto: SPD TK

gang erhalten. Hierfür wird der Bogen gegenüber dem Nordzugang zum Fürstenwalder Damm und zur Bölschestraße geöffnet, damit der enge und gefährliche Zugang unter der Brücke entfallen kann. Der Bahnbetrieb werde – bis auf zwei Wochenenden mit Vollsperrungen – aufrechterhalten, eine Beeinträchtigung für den motorisierten Verkehr wird es aber geben: Von Ende März bis Ende November 2016 wird die Bahnunterführung am Bahnhof Friedrichshagen gesperrt. Die Dahlwitzer Landstraße wird über Rahnsdorf und

Schöneiche umgeleitet. Die Wasserbetriebe werden in mehreren Straßen insgesamt 680 Meter Schmutzwasser-, 150 Meter Trinkwasser- und 185 Meter Regenwasserkanal erneuern. Beeinträchtigungen hierdurch werden kaum den Durchgangsverkehr betreffen. Mit den jeweiligen Anliegern werden beschränkte Erreichbarkeiten individuell geplant.

Sorgen der Anlieger werden berücksichtigt, indem Polizei und Rettungsdienste über die längeren Anfahrtswege informiert werden. Auch der Trinkwasserschutz wird beachtet: Die

Trinkwasserschutzzone I werde gar nicht betreten und ein Bauzaun zur Abgrenzung der Schutzzone II werde frühzeitig errichtet, so der Vertreter der Deutschen Bahn. BVG und Wasserbetriebe werden sehr bald Bautafeln errichten, eine Anwohnerinformation herausgeben und mit einer Anwohnerbeauftragten vertreten sein.

Von den Baumaßnahmen sind zuerst nur die Straßen um die Bölschestraße herum betroffen. Für letztere wird die gesamte Neuordnung des Straßenraums derzeit geplant. Die Planfeststellung zum Umbau der südlichen Straßenbahngleise läuft. Nach den Bauarbeiten soll die Fahrbahn zwischen dem Müggelseedamm und der Haltestelle Marktplatz wie im nördlichen Abschnitt von der Tram und dem Pkw-Verkehr gemeinsam genutzt werden. Dadurch kann Platz für Radfahrstreifen auf jeder Seite geschaffen werden. Die Pkw-Stellplätze bleiben erhalten.

„Mit der Umsetzung ist nicht vor Abschluss der an-

deren Maßnahmen zu rechnen“, so Baustadtrat Rainer Hölmer. Die Maßnahmen seien eine Belastung, aber vom Ergebnis werden alle profitieren. Dass dieser vergleichsweise frühe und so außerordentlich gut besuchte Informationsabend stattfinde, sei keine Selbstverständlichkeit, betonte Hölmer anerkennend und lobte die Mitveranstalter Werbegemeinschaft und Bürgerverein. Für die späteren Baumaßnahmen auf der Bölschestraße sagte er zu, erneut so früh wie möglich zu informieren. Bezirksbürgermeister Oliver Igel ergänzt, dass die BVV ein sorgfältiges und umfassendes Baustellenmanagement gefordert hat und sagt zu, dass das Bezirksamt alles in seiner Macht stehende tun werde, damit die Abläufe so reibungslos wie möglich seien.

Eine wichtige Zusage beendete die Veranstaltung: Am Bölschefest-Wochenende soll es keine Bahnsperre geben: Tram und S-Bahn sollen die Gäste ungehindert zur Festmeile bringen.

Starkes Team für die Wahlen

Treptow-Köpenick: SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen am 18. September aufgestellt

Die SPD Treptow-Köpenick hat auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhaus-Wahlkreise und die Bezirksliste sowie für die Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt.

Als Spitzenkandidat der BVV-Liste wurde Bezirksbürgermeister Oliver Igel einstimmig gewählt, der damit auch 2016 wieder als Bezirksbürgermeisterkandidat für die SPD ins Rennen gehen wird. Ihm folgen die Fraktionsvorsitzende Gabriele Schmitz auf Platz 2 und Baustadtrat Rainer Hölmer auf Platz 3, der von der Versammlung erneut als Stadtrat nominiert wurde. „In einem wachsenden Bezirk Treptow-Köpenick müssen in den kommenden Jahren die sozialen Angebote für alle Menschen ausgebaut werden. Das gilt für Kitas und Schulen genauso wie für Freizeitangebote für Jung und Alt und den öffentlichen Nahverkehr. Das ist unsere Herausforderung, der wir uns als Sozialdemokraten stellen. Ich bedanke mich für den Rückenwind, den mir die SPD-Mitglieder mit ihrer einstimmigen Nominierung gegeben haben.“ Insgesamt gibt es 49 Kandidatinnen und Kandidaten auf der SPD-Liste für die BVV.

Zu den Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus



SPD-Team aus und für Treptow-Köpenick Foto: SPD TK

gibt es drei neue Gesichter bei den Sozialdemokraten: Für den Wahlkreis 1 im Treptower Norden tritt der Jugendpolitiker Alexander Freier als neuer Kandidat an. Beim Wahlkreis 2 für Schöneweide und Johannisthal wurde Lars Düsterhöft als neuer Kandidat nominiert. Für den Wahlkreis 3 Adlershof / Altglienicke tritt die Wahlkreisabgeordnete Ellen Hausdörfer erneut an. Für den flächengrößten Wahlkreis 4 im Köpenicker Süden und Bohnsdorf wurde der Wahlkreisabgeordnete Robert Schaddach nominiert. Im Wahlkreis 5, der vom Allende-Viertel bis nach Müggelheim reicht, tritt der Innen- und Sicherheitspolitiker Tom Schreiber wieder an. Für den Wahlkreis 6 in Köpenick Nord, Fried-

richshagen und Rahnsdorf wurde die Bildungspolitikerin Karin Zehrer aufgestellt. „Unser Ziel ist es, wieder alle sechs Wahlkreise zu gewinnen.“, sagte die einstimmig nominierte Spitzenkandidatin Ellen Hausdörfer.

Die Bezirksliste umfasst insgesamt neun Kandidatinnen und Kandidaten und wird von Ellen Hausdörfer angeführt, die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist. Ihr folgen der Innenexperte im Abgeordnetenhaus Tom Schreiber und die neue Kandidatin Karin Zehrer. Die SPD Treptow-Köpenick geht somit mit einer Mischung aus neuen und erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten in die Wahlen am 18. September 2016.

Akteneinsicht

SPD-Bundestagsabgeordneter Matthias Schmidt nahm Einsicht in TTIP-Akten

Mitte Januar informierte Thomas Jurk, Berichterstatter für Wirtschaft im Haushaltsausschuss des Bundestages, in Köpenick über den Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA. Matthias Schmidt stellte sich dabei den Fragen der Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick.

Gleich nach der Öffnung für die Mitglieder des Bundestages Anfang Februar beschäftigte sich Schmidt mit den Akten und stellte fest: „Die vielen Hinweise aus Treptow-Köpenick haben mir geholfen, die wesentlichen Punkte näher zu betrachten.“ Hilfreich waren auch die Einschätzungen der europäischen Verhandlungspartner über Fortschritte oder Defizite auf US-Seite. Für einen tieferen Einstieg in das Thema empfiehlt der Treptow-Köpenicker Bundestagsabgeordnete die Internetseiten der Europäischen Kommission unter dem Stichwort „TTIP Faktenblätter“.

Aus Sicht der SPD müssen vier konkrete Forderungen erfüllt werden: Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verhandlungen, keine Gefährdung der sozialen, ökologischen und kulturellen Standards, Umsetzung internationaler Normen in den Bereichen Umwelt, Ar-

beit und Verbraucherschutz und letztlich keine privaten Schiedsgerichte beim Investorenschutz.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen lassen fraglich erscheinen, ob der Vertrag kurzfristig zustande kommt. Wenn er unter neuer amerikanischer Präsidentschaft wieder aufgegriffen werden sollte, müssen die nationalen Parlamente über den ausverhandelten Vertrag abstimmen. Dieser Verantwortung sei er sich bewusst, betont Matthias Schmidt und verspricht, weitere Veranstaltungen zum Thema anzubieten.

Mehr dazu: http://ec.europa.eu/deutschland/service/ttip_de.htm

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Treptow-Köpenick,
Grünauer Str. 8, 12557 Berlin
Kontakt: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de

V.i.S.d.P.: Oliver Igel
(Kreisvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
E. Hausdörfer, O. Igel,
A. Rostalski, M. Schmidt,
G. Schmitz, R. Thies, K. Zehrer

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Auflage: 50.000 Exemplare

Mehr Frauen im Chefsessel

Ein langer Weg: Vom Landesgleichstellungsgesetz zur Quote im Aufsichtsrat

Anfang des Jahres gab es in Berlin etwas zu feiern, doch kaum jemand bekam es mit. Seit 25 Jahren gibt es das Landesgleichstellungsgesetz. Ein Gesetz, das für gleiche Chancen von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst und bei den Unternehmen des Landes sorgt. Auch bei den Chefsesseln.

Schon lange fordern Verbände, Initiativen und Parteien wie Grüne, SPD oder DIE LINKE, dass die Ungleichbehandlung von Frauen in allen Lebensbereichen ein Ende haben muss. So arbeiten Frauen häufig als Krankenschwestern, Erzieherinnen und Reinigungskräfte, weniger häufig als Ärztinnen, Schuldirektorinnen oder Leiterinnen von Reinigungsfirmen. An den Spitzen sitzen Männer – in der Wirtschaft, den Verbänden und leider auch immer noch in der Politik. Das hat etwas mit Strukturen zu tun.

Lange wurde nur appelliert, mehr Frauen in Vorständen und Geschäftsführungen zu berücksichtigen.

Im Januar dieses Jahres war die Geduld aufgebraucht. Das „Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ trat in Kraft. Jetzt müssen die 100 größten deutschen Unternehmen, in denen die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen Pflicht ist und die börsennotiert sind, eine Quote von 40 Prozent einhalten. Ist sie für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht erfüllt – das können auch Männer sein – bleibt der Sessel leer. 3.500 Unternehmen in Deutschland müssen zumindest Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils vom obersten Management bis zum Aufsichtsrat festlegen. Und sie können sich nicht herausreden: Frauen erlangen in Deutschland bessere Bildungsabschlüsse als ihre männlichen Kollegen. In den nordischen Staaten wird die Frauenquote zum Teil sehr konsequent durchgesetzt – das führte zum



Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz und in Führungspositionen macht Fortschritte – auch dank des Landesgleichstellungsgesetzes. Foto: Adobe Stock - contrastwerkstatt

deutlichen Abbau von Geschlechterstereotypen.

Und in der Hauptstadt? Seit dem Inkrafttreten des

Landesgleichstellungsgesetzes wird regelmäßig auf die Zahlen geschaut. Berlin liegt weit vorne bei den Frauen

in Führungspositionen. 43 Prozent der Referatsleitungen im öffentlichen Dienst werden von Frauen besetzt.

Auf der Abteilungsleiterinnen-Ebene stieg die Zahl von 8 Prozent (2004) auf 31 Prozent (2014) an. 37 Prozent der Vorstände und Geschäftsführungen in den landeseigenen Unternehmen werden von Frauen besetzt. Sigrid Nikutta (BVG) und Tanja Wielgoß (BSR) sind nur zwei positive Beispiele. So kann die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, mit Recht sagen: „Berlin ist die Stadt der Frauen“. Wenn in den Schulen das nächste Mal für den Girls Day als Möglichkeit zum Ausprobieren „typischer Männerberufe“ aufgerufen wird, dann ist das ein kleiner Schritt auf dem Weg hin zum Aufbrechen muffiger Denkmuster.

Frauen und Männer haben ein Recht darauf, dass nicht ihr Geschlecht die Besetzung eines Chefsessels bestimmt, sondern ihre Qualifikation. Erst wenn diese Botschaft überall angekommen ist, ist der ursprüngliche Auftrag des Landesgleichstellungsgesetzes erfüllt.

Josephine Steffen

Spagat zwischen Glück und Stress

Wie Arbeit und Familie besser miteinander vereint werden

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist derzeit eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Für die einen geht es dabei um die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, für die anderen ist die Vereinbarkeit ein „Mythos“:

Einerseits haben sich Familienstrukturen stark verändert. Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern kommen als Familienform immer häufiger vor, auch in Berlin. Etwa die Hälfte aller Paare hier ist ledig. Andererseits wirkt sich der demografische Wandel auf den Arbeitsmarkt aus.

Familie, in welcher Form sie auch gelebt wird, ist für die meisten Menschen von größter Bedeutung. Überall lesen und hören Eltern die Botschaft der Vereinbarkeit mit dem Beruf. Der gesellschaftliche Anspruch und ihr eigenes Gefühl, dass immer etwas oder jemand dabei auf der Strecke bleibt, stressen. Erschöpft versuchen Mütter und Väter, mehrere Leben in einem einzigen zu führen. Das funktioniert, irgendwie, nur nicht immer gut.

Vor allem die Generation zwischen 25 und 45 Jahren, in der „Rush Hour“ des Lebens, fühlt sich zwischen Beruf und Familie hin- und hergerissen. Mütter wollen entsprechend ihrer sehr guten Ausbildung Karriere



Foto: Adobe Stock - misu

machen, Väter mehr Zeit mit den Kindern verbringen. Alleinerziehende haben oft gar keine Wahl als Vollzeit zu arbeiten, um den Lebensunterhalt selbst zu sichern.

Für Manuela Schwesig, Bundesfamilienministerin, ist der Kern der modernen sozialdemokratischen Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebensverlauf zu stärken. Eine Menge wurde auch schon erreicht: Freibeträge und das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurden angehoben, das „Elterngeld-Plus“ eingeführt. Die Quote bei der Betreuung der Kinder von 3 bis 6 Jahren beträgt 98 Prozent, 70 Prozent bei der Betreuung der 1 bis 3-jährigen. Rund 90 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln stehen für

2016 und 2017 zur Verfügung, um das Berliner Kita-Angebot bedarfsgerecht auszubauen. In den nächsten Jahren werden 10.000 neue Kitaplätze in Berlin geschaffen. Im Doppelhaushalt 2016/17 wurde außerdem die Abschaffung der Kitgebühren bis 2018 verankert.

Manuela Schwesig weiß, dass noch viel getan werden muss, um der geforderten Generation gerecht zu werden. In ihrer Agenda unter anderem: neue Splittingmodelle bei der Steuer, das Schaffen verlässlicher Ganztagsgrundschulen, Lohngerechtigkeit für Frauen, flexible familienbewusste Arbeitszeitmodelle, die den Lebensphasen der Menschen angepasst werden können. Dann wird es wieder einfacher, festzustellen: Kinder sind ein großes Glück.

Anja Hoffmann

Über Männer ohne Sex-Manieren

Haarsträubende Geschichten aus dem Puff

Karolina Leppert arbeitet unter dem Namen „Vera“ als Domina in Berlin. Nach einer Laufbahn als Verkäuferin sowie im Mediengeschäft entschloss sie sich zu einem Berufswechsel in die Prostitution. Neben dieser Arbeit kämpft sie in leitender Funktion bei der Initiative „Hydra“ für eine größere Wertschätzung für den SexarbeiterInnen-Beruf in der Gesellschaft. Hydra berät seit vielen Jahren SexarbeiterInnen und setzt sich für eine Anerkennung der Prostitution als Dienstleistung wie jede andere ein.

Seit zwanzig Jahren hat Karolina Leppert Einblick in einen Beruf, der auf Diskretion setzt. In Ihrem Buch „Männermanieren – Standpauke aus dem Rotlicht“ gewährt sie einen Blick in diese Welt und zieht dabei auch Rückschlüsse zu unserer Gesellschaft. Das Berliner Stadtblatt sprach mit ihr:

Sie beschreiben in Ihrem Buch, wie sehr sich die Manieren der Männer im Umgang mit SexarbeiterInnen verändert haben. Was ist anders geworden?

Der permanente Konsum und die allgegenwärtige Verfügbarkeit von Internetpornographie verfälscht das Bewusstsein für die Realität und stumpft ab. Filme spielen eine künstliche Welt

wider. Daraus leitet sich eine Erwartungshaltung ab, die es früher nicht gab.

Wie hat sich Ihr Beruf und auch Ihr Engagement bei Hydra dadurch verändert?

Ich selbst als Domina bin in der privilegierten Situation, meine Kunden in die Schranken zu weisen. Für die Arbeit von Hydra hat sich schon etwas verändert. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Erfahrungen der Sexarbeiterinnen heute eine andere Realität haben.

Welche Schlüsse können wir allgemein durch dieses Verhalten der Männer über die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft ziehen?

Dass die Gleichberechtigung keine selbstverständliche Sache ist. Dass jede Frau in ihrem Selbstbewusstsein unterstützt werden soll, dass wir immer wieder lernen müssen, „nein“ zu sagen. Dass zwar nicht alle, aber viel zu viele Männer einem falschen Rollenverständnis vom „Mann sein“ folgen.

Denken Sie, dass die geplante Neufassung des Prostituiertenschutzgesetzes dazu führen wird, dass SexarbeiterInnen mehr Ansehen in der Bevölkerung genießen und Männer sich dadurch wieder respektvoller verhalten?

Nein, das denke ich nicht. Prostituierte müssen nicht beschützt werden, sie sind keine Kinder. Ausgenommen vor Kriminalität und Gewalt. Die Gesetze dazu sind vorhanden, sie müssten konsequenter umgesetzt werden. Und was das Ansehen in der Bevölkerung betrifft: Ich fürchte, da wird sich so schnell nichts ändern, vor allem nicht durch ein weiteres, sehr fragwürdiges Gesetz. Sexworkerinnen sehen ihre Tätigkeit als Erwerbsquelle, und sie sehen das ganz nüchtern. Wir sollten sie respektieren und das auch kolportieren.

Josephine Steffen



Karolina Leppert
Männermanieren – Standpauke aus dem Rotlicht
ISBN: 978-3990011560
edition a, 2016
128 Seiten, 16,90 Euro

MELDUNGEN

MEHR LEHRERINNEN UND LEHRER

Berlin wird in diesem Jahr insgesamt rund 2.100 Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Mehr als 960 sind bereits zu Beginn des Schulhalbjahres 2016 an die Berliner Schulen gekommen. Dabei wurden alle offenen Stellen an allen Schularten besetzt. Die Einstellungszahlen lagen im Februar dieses Jahres deutlich über den Einstellungen der vergangenen Jahre (2015: 700 Lehrkräfte). Von den 978 Berliner Referendarinnen und Referendaren, die ihre Ausbildung im Februar 2016 beendeten, hatten 514 bereits frühzeitig eine Einstellungsgarantie für die Berliner Schulen erhalten. Die nächsten Einstellungsverfahren beginnen Ende April. Die Bewerbungsfrist läuft bis Ende März. Angesichts des zunehmenden Bedarfs rief Bildungsministerin Sandra Scheeres die Hochschulen auf, mehr Studienplätze anzubieten.

BERLIN WÄCHST SEHR VIEL SCHNELLER

Das höchste Wachstum hat der Bezirk Pankow zu erwarten, gefolgt von Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Reinickendorf.

Die neue Bevölkerungsprognose für Berlin weist bis zum Jahr 2030 eine Zunahme um 266.000 Personen von 3,562 Mio. (31. Dezember 2014) auf dann 3,828 Mio. Berlinerinnen und Berliner aus. Zusätzlich rechnet der Senat bis zum Jahr 2020 mit 94.000 bis 174.000 Geflüchteten, die in Berlin bleiben.



Andreas Geisel

Foto: SenStadtUm

„Berlin erlebt eine dritte Gründerzeit“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Das anhaltende Wachstum Berlins wird sich fortsetzen und überall in der Stadt spürbar werden. Die steigende Bevölkerungszahl ist eine Chance für Berlin, die wir ergreifen müssen und werden. Wir brauchen mehr Wohnraum, mehr Arbeitsplätze, aber auch mehr Kitas und Schulen und mehr Busse und Bahnen. Die Zahlen der Bevölkerungsprognose belegen, dass ein Mehr an Nachfrage in allen Bereichen des städtischen Lebens zu erwarten ist.“

Abschied vom Daddelautomaten

Spielsüchtige sollen durch eine Gesetzesverschärfung besser geschützt werden

Die Verlockung ist groß. Immer wieder werfen sie Münzen in den Automaten und verfolgen das schnelle Drehen der Zahlen: Etwa 50.000 Berlinerinnen und Berliner gelten als anfällig für Glücksspiele, von ihnen sind rund 27.600 krankhaft glückspielsüchtig. Eine weitere Verschärfung des Spielhallengesetzes soll sie jetzt besser schützen.

Um die Flut von Spielhallen einzudämmen, hat Berlin bereits im Juni 2011 eines der strengsten Spielhallengesetze Deutschlands eingeführt. Nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren erlöschten am 31. Juli 2016 alle Genehmigungen für bestehende Hallen. Spielhallen müssen dann Mindestabstände zueinander und zu Schulen und Jugendeinrichtungen einhalten. „Die Zahl der Spielhallen wird sich in Berlin von 544 Ende 2014 schätzungsweise auf rund 150 reduzieren“, sagt der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz, einer der Initiatoren des Gesetzes. Von Spielhallen geprägte Straßenzüge werden der Vergangenheit angehören.

Jetzt soll es eine weitere Verschärfung des Berliner



Geldautomaten neben einer Spielhalle sollen verboten werden.

Foto: Horb

Spielhallengesetzes geben. Buchholz: „Nicht einmal jeder fünfte Betreiber von Spielhallen, Café-Casinos und Wettbüros hält sich an Recht und Gesetz. Darauf reagieren wir mit einer Verzehnfachung des Bußgeldrahmens auf bis zu 500.000

Euro, damit endlich spürbare Bußgelder bei Gesetzesverstößen verhängt werden können.“

Um Spielsüchtige davor zu bewahren, sich weiter zu verschulden, wird erstmals eine landesweite Sperrdatei für Spielsüchtige eingerichtet,

die in allen Spielhallen gilt. Automaten zur Bargeldabhebung oder Zahlungsdienste in Spielhallen werden verboten. Die Zuverlässigkeit von Betreibern muss künftig regelmäßig von Polizei und Ordnungsämtern kontrolliert werden. U.H.

Zusammenhalt stärken

SPD-Vorsitzender Jan Stöß gegen gesellschaftliche Verrohung



Putzaktion: Die Stolpersteine in der Friedenauer Stierstraße waren bereits mehrfach Ziel rechtsradikaler Schmierereien

Foto: Matthias Geisthardt

Beschmierte Stolpersteine und Angriffe auf geflüchtete Menschen, aber auch in Brand gesetzte Autos und zerstörte Fensterscheiben von Abgeordnetenbüros oder einer Beratungseinrichtung des Quartiersmanagements: Gewalt hat in der politischen Auseinandersetzung nichts zu suchen. Darin sind sich die demokratischen Parteien in Berlin einig. „Der Staat muss zeigen, dass er handlungsfähig ist“, sagt Jan Stöß, Vorsitzender der Berliner SPD.

Gewaltbereite Gruppen gibt es in der rechtsradikalen Szene ebenso wie bei

den autonomen Gruppen. Büros von SPD, Grünen und CDU wurden beschmiert, es gab persönliche Drohungen gegen den SPD-Abgeordneten Tom Schreiber. Auf das Wohnhaus der Bundestagsabgeordneten Eva Högl wurde ein Farbanschlag verübt. „Ich sehe diese Vorfälle und die Angriffe auf die Kolleginnen und Kollegen der Polizei und Feuerwehr in den letzten Wochen in einem Zusammenhang. Das zeigt eine zunehmende Verrohung in unserer Gesellschaft, die den friedlichen Zusammenhalt zerstören kann“, so Jan Stöß.

Anfang Februar wurden

in zwei Nächten in der Flottwellstraße und der Weserstraße Autos in Brand gesetzt. Stöß: „Die Menschen in der Flottwellstraße und Weserstraße haben einen Anspruch darauf, dass dem mit aller Entschiedenheit nachgegangen wird und die Gewalttäter dingfest gemacht werden.“

Verfolgt werden müssen ebenso die Täter, die in der Friedenauer Stierstraße Stolpersteine schändeten, die an die früheren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser erinnern, und eine Jugendeinrichtung mit einem Hakenkreuz beschmierten. U.H.

HISTORISCHES STICHWORT

Urabstimmung

Der Kampf um Berlins Freiheit

Wenige Monate nach ihrer Wiedergründung kämpfte die Berliner SPD im Jahre 1945 erneut um ihre Existenz. Nachdem die Kommunistischen Parteien in freien Wahlen in Österreich und Süddeutschland verheerend abgeschnitten hatten, fürchtete die KPD ähnliche Ergebnisse auch für sich. In der sowjetischen Besatzungszone setzte sie daher auf die Fusion mit der SPD.

Während die von Kurt Schumacher geführte Sozialdemokratie in Westdeutschland dies entschieden ablehnte, gab der Berliner SPD-Zentralausschuss mit seinem Vorsitzenden Otto Grotewohl dem zunehmenden Druck nach. Die Berliner SPD-Mitglieder setzten dagegen Anfang 1946 eine Urabstimmung durch, die allerdings nur in den drei Westsektoren Berlins stattfinden durfte. Ende März gab es ein klares Ergebnis: 82,3 Prozent der Mitglieder lehnten zu diesem Zeitpunkt eine Vereinigung mit der KPD ab.

Mit dieser Selbstbehauptung legte die Berliner SPD vor siebzig Jahren den Grundstein für Freiheit und Demokratie im Westteil der Stadt. Am 7. April 1946 kamen rund 500 Sozialdemo-

kratinnen und Sozialdemokraten in der Aula der Zehlfendorfer Zinnowwaldschule zum Bezirksparteitag der „alten“ Berliner SPD zusammen, im sowjetischen Sektor wurde dagegen auch unter Anwendung von Zwang die Vereinigung zur SED vollzogen. Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 20.10.1946 wurde der Kurs der SPD eindrucksvoll bestätigt. Mit 48,7 Prozent gewann sie die Wahl vor der CDU (22,2), der SED (19,8) und der LDP (9,3).



Zinnowwaldschule: Bild aus einem SPD-Flugblatt von 1946

Eine Gedenkveranstaltung, mit der die SPD am historischen Ort in der Zinnowwaldschule an den Kampf um Demokratie vor siebzig Jahren erinnern wollte, kann nun, nachdem sie zunächst vom CDU-geführten Bezirksamt untersagt wurde, doch noch stattfinden: am 7. April 2016 um 18.30 Uhr in der Aula der Zinnowwaldschule, Wilkistraße 78, 14163 Berlin.

FERIENWOHNUNGEN

Verbot wird noch einmal verschärft

Das vor zwei Jahren eingeführte Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wird verschärft.

So müssen Anbieter von Internet-Wohnungsvermittlungsportalen den Bezirksämtern künftig Auskunft über die Anbieter von Ferienwohnungen geben. Die Zahlen der Anzeigen und der aufgedeckten Verstöße zeigen nach Ansicht von Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, „dass das Zweckentfremdungsverbot ein notwendiges und sinnvolles Instrument ist, um der zunehmenden Wohnknappheit in Berlin entgegenzuwirken“.

Bislang wurden rund 6.300 Ferienwohnungen registriert und etwa 1.200 mögliche Verstöße gegen das Zweckentfremdungsverbot ermittelt. Hinzu kommen rund 2.800 Hinweise aus der Bevölkerung zu möglichen Verstößen gegen das Verbot, die ebenfalls überprüft werden. Um die Zweckentfremdung wirkungsvoll zu verfolgen, erhalten die Bezirke zusätzliches Personal, so der Stadtentwicklungssenator.

Der Garten und die Sehnsucht nach Grün

Verlockende Ausflugsziele im Frühling: Botanischer Garten, Gärten der Welt und Späth'sche Baumschule

Tja, wenn es April wäre, dann käme die Gärtnerin kaum mehr aus den Gummistiefeln heraus: pflanzen, düngen, schneiden, Unkraut zupfen... Aber lassen wir die Gärtner träumen und genießen die ersten Sonnenstrahlen auf einem Spaziergang.

Zum Beispiel durch den Botanischen Garten in Dahlem. Hier blüht es. Tausendfaches Goldgelb, der Crocus flavus und Hellviolett, der Crocus tommasianus. Sie leben seit Jahrzehnten im Gartenbereich „Balkanhalbinsel“ und gedeihen so prächtig, dass sie längst über ihr ursprüngliches Pflanzgebiet hinaus gewandert sind, sich sorglos sortenfremd mischen und neue Standorte erobert haben. Was das leichte Herz des bummelnden Blumenfreundes höher schlagen lässt, bringt die um wissenschaftliche Korrektheit bemühten Mitarbeiter des Beschilderungstrupps zu schierer Verzweiflung. Schneeglöckchen, Blaustern und Traubenhyazinthe tun es den Krokussen gleich und weben einen Blütenteppich, der zart und kraftvoll zugleich den Boden bedeckt.



Gewächshaus im Botanischer Garten

Foto: Horb

Start für die neue Saison in den Gärten der Welt ist am 25. März. Es wird Zeit, den neuen Picknickkorb auszuprobieren und mit Köstlichkeiten zu füllen und den Rucksack der Kinder mit Buddelzeug. Los geht's: ein langer schöner Tag in

China, Japan, Bali, Korea, im Orient, im Okzident und bei Karl Förster erwartet den gartenlosen Städter: Winterlinge, Narzissen, Blausterne und Traubenhyazinthen erblühen, ganz ohne ihm Rückenschmerzen und Muskelkater dafür zu bescheren.

Und wenn man auch schon zehn Mal im vergangenen Jahr mit den Kindern, Großeltern, Freunden und Gästen durch das Heckenlabyrinth geirrt ist, wird man sich nun zum elften Mal verlaufen.

Wer sich die Schönheit nach Hause holen will, findet

in der ältesten deutschen Baumschule ein passendes Ausflugsziel. 1720 eröffnete Christoph Späth vor dem Hallischen Tor eine kleine feine Gemüse- und Obstgärtnerei. Das war der Ausgangspunkt für die Späth'sche Baumschule, die einmal zu einer der größten der Welt zählte. König Friedrich Wilhelm I war gern und oft zu Gast bei Späth's und ernannte den geschäftstüchtigen Christoph zum „Kunstgärtner und voll berechtigten Berliner Bürger“. Das Unternehmen wuchs, wurde räumlich verlegt, umgestaltet, eine Musteranstalt und Studienort, umorientiert auf Blumen- und Topfpflanzen, Exporte kamen dazu, die Handelsgärtnerei war geboren. Mit der Ermordung Ludwig Späth's am 15.2.1945 im KZ Sachsenhausen endete das traditionsreiche Familienunternehmen, aber nicht die Tradition der Späth'schen Baumschule. Und so kann man Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr zwischen alten Backsteinhäusern und Scheunen im Hofladen einkaufen, ausgefallene und seltene alte Pflanzensorten kaufen. Und im Hofcafé lassen sich die Lieblings-

stauden so schön loben, bei Kaffee und Kuchen, fast wie auf dem heimischen Balkon. Vom 19. bis 24. März 2016 werden in alter sorbischer Tradition Ostereier bemalt. *Anja Hoffmann*

Botanischer Garten

Unter den Eichen 5-10, 12203 Berlin (Bus M48), Königin-Luise-Platz, 14195 Berlin (Bus X83, Bus 101), Öffnungszeiten: 9-18 Uhr, Eintritt: 6 €, ermäßigt 3 €, große Familienkarte 12 €, kleine Familienkarte 7 €

Gärten der Welt

Eingang Eisenacher Straße, S7 Marzahn/Bus 195 bis Haltestelle „Gärten der Welt“ oder U5 Cottbusser Platz/Bus 195 bis Haltestelle „Gärten der Welt“ Öffnungszeiten: 9-18 Uhr, Eintritt: bis Mitte März 3 €, Kinder (bis 14 J.) 1 €, ab Mitte März 5 €, Kinder (bis 14 J.) 1,50 €

Späth'sche Baumschule

Späthstraße 80/81, S6, 8, 9, 10, 45, 46 bis Baumschulenweg/Bus 265, 170 bis Königsweg, U7 bis Blaschekowallee/Bus 170, Öffnungszeiten: 9-18 Uhr

Aus der Höhle geholt

Felsbilder aus der Sammlung Frobenius im Gropius-Bau



Begräbniszene mit Mumie im Ochsenfell

© Frobenius-Institut Frankfurt am Main

Wie Kunst die Kunst beeinflusst hat, zeigt bis zum 16. Mai eine Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die sich der Zeichnungen aus der Vorzeit annimmt.

Zu sehen sind rund 100 Felsbildkopien des Frobenius-Institutes, viele davon großformatig und wandfüllend. Ergänzt werden sie durch fotografisches und archivalisches Material.

Der deutsche Ethnologe Leo Frobenius (1873-1938) hatte diese weltweit bedeutendste Sammlung von Kopien angelegt. Seit seiner sechsten Afrikareise im Jahre 1912 hatte er Malerinnen und Maler als Kopisten auf seine zahlreichen „Deutschen Inner-Afrika Forschungs-Expeditionen“ mitgenom-

men. Entstanden sind die Bilder an teils schwer zugänglichen Stellen Nordafrikas, der inneren Sahara und des südlichen Afrika. Später entsandte Frobenius auch Expeditionen in die europäischen Felsbildgebiete Spaniens, Frankreichs, Norditaliens und Skandinaviens sowie nach Indonesien und Australien. Bis zu seinem Tode 1938 entstand so eine Sammlung von fast 5.000 Felsbildkopien, farbig und meist in Originalgröße mit Formaten von bis zu 2,5 x 10 Metern, die sich bis heute im Frobenius-Institut an der Frankfurter Goethe-Universität befinden.

Welche Wirkung diese zuvor ungesehenen Bilder auf die Moderne hatten und

wie sie Künstlerinnen und Künstler inspirierten, ist Thema dieser Ausstellung. Zunächst waren die Arbeiten als transportable Faksimiles, d.h. als reine Wissenschaftsbilder gedacht, mit deren Hilfe kulturhistorische Entwicklungen der fernsten Vorgeschichte belegt werden sollten. Die Kopisten der Felsbilder verfolgten jedoch ganz eigene Wege im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Dokumentation und künstlerischem Anspruch. Das Interesse der künstlerischen Avantgarde an den prähistorischen Bildern blieb ihnen nicht verborgen. Die Bilder waren, so der deutsche Ethnologe Mark Münzel, Ausdruck eines „wissenschaft-

lichen Expressionismus“.

Die zahlreichen Werkschauen der Felsbilder befeuerten einen regen Diskurs zu den Anfängen der Kunst und der menschlichen Kreativität in der damaligen zeitgenössischen Kunstszene. Im Schaffen einiger Künstler zeichnet sich die Wirkung dieser Ausstellungen deutlich ab. Im Werk Willi Baumeisters gab es beispielsweise um 1929/30 einen Stilwechsel, in dem verschiedene von den Felsbildern bekannte Gestaltungselemente und Techniken zur Anwendung kamen. Bei anderen Künstlern ist die Beeinflussung subtiler. Sicher haben die Surrealisten in Europa maßgeblich vom Dialog mit der prähistorischen Kunst profitieren können. Die Ausstellung zeigt die Urkunst als vitale Inspirationsquelle der Moderne. SB

Kunst der Vorzeit

Felsbilder aus der Sammlung Frobenius, bis 16. Mai 2016, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin, Mi-Mo 10-19 Uhr, Di geschlossen, an Feiertagen geöffnet

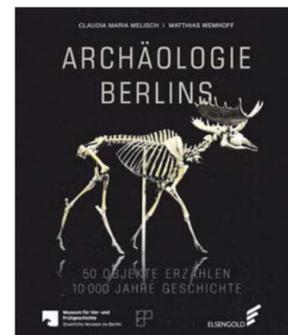
Eintrittspreis 10 € / ermäßigt 6 €, Eintritt frei bis 16 Jahre,

Online-Tickets: www.gropiusbau.de/tickets

Fundort Berlin

Objekte zeigen die Geschichte der Region

Berlins Boden hat einiges längst Vergessene wieder freigegeben: Skelette von Tieren, Kunsthandwerk, Gebrauchsgegenstände vergangener Jahrhunderte. Aufbewahrt werden die Funde im Museum für Vor- und Frühgeschichte. Ein großformatiger Bildband aus dem Elsengold-Verlag zeigt jetzt 50 ausgewählte Objekte aus 10.000 Jahren Geschichte im Raum Berlin.



Noch bevor es Berlin gab, gab es Elche. Ein Skelettfund vom Hansaplatz, bei U-Bahnarbeiten 1956 entdeckt, ist das erste der 50 ausführlicher beschriebenen Objekte. Es erzählt auch vom Wandel der Landschaft, hervorgerufen durch Klimaveränderungen.

Claudia Maria Melisch, die die Ausgrabungen am Petriplatz in Mitte leitet und Matthias Wemhoff, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte, haben

den Band zur „Archäologie Berlins“ vorgelegt. Großformatige Fotos geben einen Eindruck von den Ausstellungsräumen im Neuen Museum auf der Museumsinsel, einführende Texte beschreiben Zeitalter und die Situation im Berlin-Brandenburger Raum. Jeweils auf einer Doppelseite sind die 50 Objekte beschrieben.

Darunter befinden sich Opfergaben aus der Spree, die 1881 in Spandau entdeckt wurden, tausend Jahre alte Trinkgefäße aus Lichterfelde, die vergoldete Ausrüstung eines Spandauer Ritters, mittelalterliche Spardosen, am Petriplatz gefunden, aber auch ein großer Blasenstein, der in einem Männergrab gefunden wurde und wohl einst für heftige Schmerzen gesorgt haben dürfte. Und schließlich hilft Archäologie, selbst die jüngste Geschichte sichtbar zu machen, etwa mit der Stacheldrahtrolle, die 1992 auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Berlin-Lichterfelde ausgegraben wurden. *Ulrich Horb*

Claudia Maria Melisch, Matthias Wemhoff, **Archäologie Berlins, 50 Objekte erzählen 10.000 Jahre Geschichte**, Elsengold Verlag, ca. 160 Seiten, 21x28 cm, rund 70 Abbildungen Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 9783944594378, 24,95 €

Gut zu wissen

Stadtblatt-Service: Mahnungen – Ernährung – Energie sparen – Online-Shopping

MAHNGBÜHREN BEGRENZT

Im Falle eines Zahlungsverzugs dürfen Verbraucherinnen und Verbrauchern nur die tatsächlich entstandenen Kosten für die Mahnung in Rechnung gestellt werden.

Nach Ansicht der Verbraucherzentrale Berlin sind dies Kosten für Material und Porto. „Mahnkosten von 5 und mehr Euro werfen daher die Frage nach deren Rechtmäßigkeit auf“, heißt es bei den Verbraucherberatern, die auch vor Gericht damit erfolgreich waren. So unterlag das Versandunternehmen Schwab mit seiner Forderung nach einer Mahngebühr in Höhe von 6,95 Euro. Und Stromanbieter primastrom musste aus seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine Regelung streichen, die für die erste Mahnung 5,00 € und für die zweite und dritte Mahnung einen Betrag von 10,00 € vorsah.

ANGELN VERBOTEN

Fisch gilt als gesunde Alternative zum Fleischkonsum. Doch ein neuer Ratgeber der Umweltschutzorganisation Greenpeace rät jetzt vom Kauf der meisten Fischarten ab.

Bei Aal, Makrele oder Alaska-Seelachs ist die Greenpeace-Empfehlung eindeutig: „Finger weg, nicht nachhaltig“. Die Fischbestände der Meere schrumpfen dramatisch, die Fangmethoden, aber auch die Abwässer von Zuchtfarmen zerstören empfindliche Ökosysteme, eine Erholung der Bestände ist häufig nicht in Sicht. Greenpeace rät dazu, weniger Fisch auf die Speisekarte zu setzen und beim Einkauf



genauer auf die Herkunft zu achten. Noch gibt es einige Fische aus gesunden Beständen. Grundsätzlich empfehlenswert ist Karpfen. Beim Hering sind nur einzelne Fanggebiete nicht empfehlenswert, etwa die Färöer, Island, die nördliche Nordsee. Bei der Scholle gibt es nur für die Pazifische Scholle Entwarnung. Der Fischratgeber 2016 von Greenpeace mit detaillierten Empfehlungen ist jetzt als gedruckte Broschüre, als App oder als Poster für den Kühlschrank erhältlich.

<https://www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/einkaufsratgeber-fisch>

ENERGIEBERATUNG AM BÜCHERTISCH

Die Verbraucherzentrale geht mit ihrer Energieberatung in die Bezirke.

In der Steglitz-Zehlendorfer Ingeborg-Drewitz-Bibliothek gibt es jetzt zweimal im Monat individuelle Tipps, um Energiekosten zu sparen. Das entlastet nicht nur das persönliche Budget. Bis 2050 soll Berlin klimaneutrale Stadt werden und dabei die CO²-Emissionen um 85 Prozent reduzieren. Das geht

nur, wenn alle in der Stadt einen Beitrag leisten.

Jeden zweiten und vierten Montag im Monat von 16 bis 19 Uhr berät der Energieberater der Verbraucherzentrale Berlin, Karl-Heinz Dubrow, im Veranstaltungsraum der Ingeborg-Drewitz Stadtteil-Bibliothek in der Grunewaldstraße 3, 12165 Berlin. Termine können unter der kostenfreien Rufnummer 0800-809 802 400 oder während der Beratungszeiten direkt beim Berater vereinbart werden. Pro Beratung wird ein Kostenbeitrag von 7,50 Euro erhoben. Für einkommensschwache Verbraucher mit entsprechendem Nachweis ist die Beratung kostenfrei. Mehr Informationen gibt es auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de.

ONLINE-WIDERRUFSRECHT Beim Einkauf im Internet haben Kunden bei gewerblichen Anbietern ein Widerrufsrecht.



Online einkaufen: Beim Widerruf sind ein paar Regeln zu beachten Foto: © Adobe Stock · adam121

Innerhalb von 14 Tagen können sie vom Kauf per Brief, per Mail oder telefonisch zurücktreten. Eine bloße Rücksendung oder eine Annahmeverweigerung der gelieferten Ware reicht nicht aus, so die jüngste Entscheidung eines Amtsge-

richts. Für die Rücksendung von Produkten die weniger als 40,00 Euro kosten, muss der Käufer das Rückporto tragen, wenn der Verkäufer in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine entsprechende Regelung vorgesehen hat.

ENERGIEDRINKS

Getränke, die vorübergehend Flügel verleihen, stehen bei Medizinern unter dem Verdacht, ungewollte Nebenwirkungen zu erzielen.

„Energydrinks werden mit Herzrhythmusstörungen, Krampfanfällen, Nierenversagen und sogar Todesfällen in Verbindung gebracht“, warnt die Verbraucherorganisation „Foodwatch“. Einer europaweiten Studie zufolge konsumiert ein Drittel der Erwachsenen Energydrinks, bei den Jugendlichen sind es jedoch zwei Drittel. Bereits 2009 kam ein Gutachten vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zum Schluss, vor allem die hochkonzentrierte Form der Energy Drinks, die so genannten Energy Shots, seien „nicht sicher“. In Lettland gilt – wie bereits in Litauen – vom Juni an ein Verkaufsverbot für Energydrinks an Jugendliche unter 18 Jahren.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel, Anett Lupelov

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Telefonseelsorge

Gut, dass ich mit jemandem reden kann

Seit 60 Jahren sind Berliner Telefonseelsorger für ihre Anrufer zu erreichen – viele sind einsam und sozial isoliert.

„Kann ich mit Ihnen ein paar Minuten telefonieren?“ „Selbstverständlich, dafür bin ich hier.“ „Auch vertraulich? Es ist ein bisschen heikel.“ „Wir Telefonseelsorger sind zur Anonymität verpflichtet, das ist die Grundlage jedes Gesprächs.“

So oder so ähnlich beginnen viele Telefonate, die über die Rufnummer 0800-1110111 die Nansenstraße 27 in Berlin-Neukölln erreichen. Dort sind die Dienst- und Ausbildungsräume der Telefonseelsorge Berlin, die in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag feiert. Sie ist damit die älteste Einrichtung ihrer Art in Deutschland, vielleicht sogar auf dem europäischen Kontinent. In Berlin startete damit eine Bewegung, die heute einen ausgezeichneten Ruf genießt.

Viele Anrufe kreisen um ein soziales Grundübel, das man eigentlich im umtriebigen Berlin nicht erwartet: Einsamkeit. Vor allem Frauen und Männer der mittleren und älteren Generationen beklagen am Telefon ihre soziale Isolation, nachdem ihre Familien auseinander sind, durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen abhandengekommen ist, Nachbarschaften und Kiezkontakte eingeschlafen sind. Oft gehen Verarmung und Vereinsamung Hand in Hand. In solchen Augenblicken kann ein Gespräch mit einer Telefonseelsorgerin, einem Telefonseelsorger der Rettungsanker sein. Manche Anrufer haben seit Tagen kein Gespräch mehr

gehabt. Die Möglichkeit, für eine halbe oder dreiviertel Stunde Zwiesprache zu halten, auf Verständnis zu treffen, vielleicht auch einen Rat zu holen – das wissen die Anrufer zu schätzen.

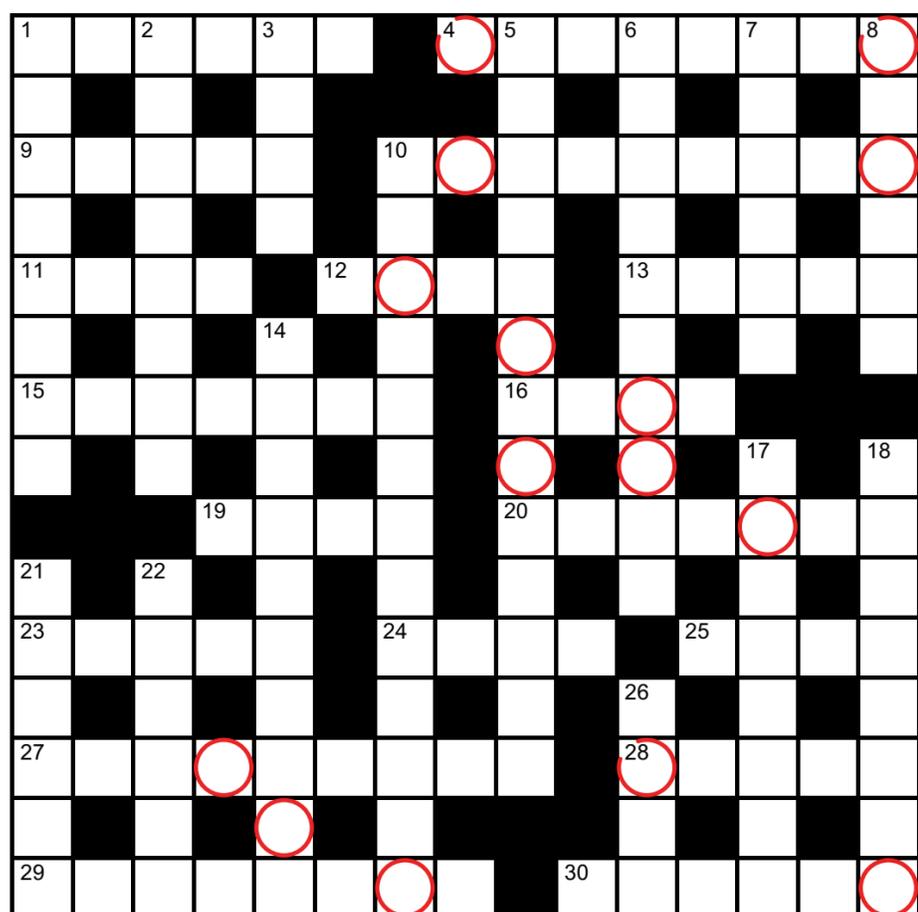
Die Telefonseelsorger sind, in ganz Deutschland und überall auf der Welt, rund um die Uhr zu sprechen und während des ganzen Jahres. Bis zu 150 solcher Telefongespräche, die von Krisen, Verzweiflung, Liebesproblemen und Einsamkeit handeln, werden täglich allein in der Berliner Telefonseelsorge geführt. Sie spiegeln oft ein graues Bild der Metropole wider, erzählen von gesellschaftlichen und persönlichen Konflikten – aber auch von Hoffnung, Lebensmut und der Kraft, wieder auf die eigenen Beine zu kommen.

Samt und sonders ehrenamtlich und unbezahlt arbeiten die rund 140 Frauen und Männer in ihren sechs- bis achtstündigen Schichten. Für ihren freiwilligen Dienst, den sie meist zwei Mal monatlich tun, werden sie rund eineinhalb Jahre gründlich in Seminaren und Praktika ausgebildet und geschult, bevor sie sich Telefonseelsorger nennen dürfen.

Wer Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Telefonseelsorge Berlin e.V. hat, der kann sich hier informieren:

Telefonseelsorge Berlin e.V.,
Konfliktberatung –
Suizidverhütung
Nansenstraße 27; 12047 Berlin
Telefon: 030 / 613 50 23
mail@telefonseelsorge-berlin.de
www.telefonseelsorge-berlin.de

Das Rund-um-die-Uhr-Tag-für-Tag-Krisentelefon:
0800-1110111



Berliner Preisrätsel

WAGERECHT

- 1 Mit Glück alle Neune
- 4 ... lässt sein blaues Band
- 9 Bauelemente fixieren
- 10 Frühling in der Stadt der Liebe
- 11 Tasche für Stift, Telefon und Kosmetik
- 12 Versicherung für Versicherungen (Kurzform)
- 13 milder Abgrund
- 15 lateinischer Kasus
- 16 entspringt im Sauerland, mündet in den Rhein
- 19 Gefäß zum Ölen
- 20 zurzeit unruhigster Kulturraum der Welt
- 23 bedeutendster US-Südstaat
- 24 Autovermietung
- 25 Meer auf dem Rückzug
- 27 darauf freut sich ganz Berlin im Frühling
- 28 wetterwendischer Frühjahrsmonat
- 29 auswärtiger Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes
- 30 Frühling für Angelsachsen

SENKRECHT

- 1 mal in der Dose, mal im Glas
- 2 Extrabonus
- 3 Frühling für Poeten
- 5 Wiedergeburt (lat.)
- 6 ein seltenes Unglück im Frühjahr
- 7 gewaltig, großmächtig
- 8 christliche Musik in Nordamerika
- 10 Testmethodik
- 14 nichts geht mehr
- 17 alles nur geklaut
- 18 Frontmann ist Der Graf
- 21 ungeliebter Krakeeler
- 22 massenhafte Auswanderung (lat.)
- 26 höchst extravagante Frau im Showbusiness

GEWINN: BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 16. April 2016 per Post an das Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de

DIE GEWINNE

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **HATSCHI** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben einen Kalenderstreit zwischen Wetterforschern und Sternenkundlern, der immerhin 20 Tage ausmacht.

Bezirksamt Treptow-Köpenick investiert

Die Investitionen in öffentliche Gebäude des Bezirks werden 2016 deutlich ausgeweitet. Wie berichtet kann als Schwerpunkt dafür auf Sonderprogrammen des Senats zurückgegriffen werden. So werden aus dem Sondervermögen Infrastruktur Wachsende Stadt (SIWA) im Jahre 2016 in die Schule am Heidekampgraben, die Sophie-Brähe-Schule und die Kieholzschule 6,3 Millionen Euro investiert sowie in die ener-

getische Sanierung zweier Dienstgebäude in Adlershof 2,3 Millionen Euro. Aus dem Landesprogramm für Schulen und Sportanlagen können 5,3 Millionen Euro eingesetzt werden. „Der Bezirk setzt aus seinen Haushaltsmitteln zusätzliches Geld ein. Für die bauliche Unterhaltung der Gebäude des Bezirks sind 2016 9,3 Millionen Euro vorgesehen, davon allein 2,8 Millionen Euro für Wartung und Reparaturen in Schulen. Die

Prioritäten sind jetzt festgelegt worden“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der im Bezirksamt für Hochbau zuständig ist. Von den knapp drei Millionen Euro für Schulen fließen allein 1,7 Millionen Euro in weitere Sanierungsmaßnahmen. Dahinter verbergen sich eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen an mehr als 20 Schulen. So wird damit begonnen, die Fenster an der Schule am Altgliencker Wasserturm zu sanieren

oder Fenster an der Hauptmann-von-Köpenick-Grundschule auszutauschen und mit Elektro- und Malerarbeiten zu verbinden. Schallschutz- und Brandschutzverbesserungen stehen ebenfalls auf der Aufgabenliste mehrerer Schulen wie auch der Neubau von naturwissenschaftlichen Klassenräumen. Neben Schulen werden 150 000 Euro in das Kulturzentrum Alte Schule in Adlershof eingesetzt. Weitere Mittel sind

für die Feierhalle auf dem Friedhof Oberschöneweide, die Friedhofskapelle Rahnsdorf, die berühmte Skulptur „Die sich Erhebende“ von Ingeborg Hunzinger, die Kiezclubs in der Bohnsdorfer Dahmestraße, der Kiezklub Rahnsdorf und das Rathaus Johannisthal eingeplant. „Ein Schwerpunkt werden schließlich auch Maßnahmen sein, die zu einer Reduzierung von Nutzungskosten führen. Deshalb werden wir an mehreren

Standorten die Umstellung auf Fernwärme einplanen oder fortsetzen sowie an neuen Standorten eine Gebäudetechnik einführen. Und schließlich schauen wir auch ins nächste Jahr: die beliebte Plansche in Plänterwald muss saniert werden. Wir bemühen uns derzeit aber auch um Landesmittel, um die Plansche 2017 sanieren zu können“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV) TREPTOW-KÖPENICK

Das Nachwuchsleistungszentrum des 1. FC Union war auch in der Januar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wieder Thema. Gleich zwei Fraktionen: SPD und B'90/Grüne hatten Große Anfragen dazu eingebracht. Der 1. FC Union sucht einen Standort für ein leistungsfähiges Nachwuchsleistungszentrum. Das jetzige Nachwuchsleistungszentrum entspricht zwar den Vorgaben des DFB, jedoch durch seine Verteilung auf zwei Standorte (Bruno-Bürgel-Weg und Hämmerlingstraße) nicht den Zielsetzungen des Traditionsvereins. Der Antwort

des Sportstadtrates war zu entnehmen, dass der Ausbau im Bruno-Bürgel-Weg und ein mögliches Bebauungsplanverfahren für die Sportfläche im FEZ weiter geprüft werden.

Die BVV beschloss u.a. die neue Spreebrücke nach Mathilde Rathenau zu benennen, für die vielen Baumaßnahmen in Friedrichshagen eine zusätzliche Baustellenkoordination anzustreben, ein Kuratorium für die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche einzuberufen, für die ehrenamtlichen Helfer in der Flüchtlingsarbeit eine Geste der Anerkennung zu initiieren und

an die freien Kommunalwahlen 1946 zum 70jährigen Jubiläum im Oktober dieses Jahres zu gedenken.

Das Bezirksamt gab der BVV Vorlagen aus dem Friedhofsamt zur Kenntnis, die eine Neueinrichtung der Urnengemeinschaftsanlage auf dem Friedhof Müggelheim sowie für die Urnenwahlgrabanlage auf dem Friedhof Bohnsdorf und die Aufhebung der Friedhofswidmung auf einem Flurstück am Rande des Friedhofs Baumschulenweg vorsehen.

Die nächste BVV findet nach Redaktionsschluss am 3. März 2016 statt.

Boomtown Berlin

Berlin ist auf dem Weg zur Vier-Million-Stadt. Nach der jüngsten Bevölkerungsprognose des Berliner Senats wird die Bevölkerung der Hauptstadt bis zum Jahr 2030 um 266 Tsd. auf dann 3,828 Mio. Berlinerinnen und Berliner wachsen. Dies entspricht stadtweit einer Zunahme von 7,5 Prozent. Dabei sind die möglichen weiteren Zuwächse durch den Verbleib geflüchteter Menschen in Berlin noch nicht berücksichtigt.

Auch Treptow-Köpenick ist einer der Wachstumsbezirke; für unseren Bezirk wird ein Bevölkerungswachstum von 9,3 Prozent prognostiziert. Die Bevölkerung Treptow-Köpenicks würde demnach um ca. 23,2 Tsd. Menschen auf dann insgesamt ca. 273 Tsd. BewohnerInnen anwachsen.

Daher ist es gut, dass der Wohnungsneubau auf Hochtouren läuft. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 411 Anträge auf Baugenehmigungen für Wohnraum für 6.164 Wohneinheiten gestellt; bis Ende letzten Jahres wurden davon 4.407 Wohneinheiten genehmigt.

Mehr Wohnungen und mehr Menschen erfordern

allerdings auch ein Mehr an Infrastruktur. Das Bezirksamt fixiert derzeit ämterübergreifend die künftigen Bedarfe, um eine angepasste Planung und Realisierung zu gewährleisten.

Darüber hinaus erfolgt der Wohnungsneubau nicht per se bedarfsorientiert. In Treptow-Köpenick wächst insbesondere der Bevölkerungsanteil der Menschen stark an, die 65 Jahre und älter sind. Dadurch entsteht ein erhöhter Bedarf an seniorengerechten Wohnungen. Zudem realisieren die zahlreichen privaten Bauherren ihre Wohnungsbauvorhaben zumeist im höherpreisigen Segment. Dringend gebraucht werden aber auch bezahlbare Neubauwohnungen. In beiden Fällen sind daher die städtischen Wohnungsbaugesellschaften besonders gefordert, den benötigten Wohnraum zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund werden die Bauvorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit Priorität bearbeitet. Diese wiederum setzen ihre Vorhaben unter Berücksichtigung eines mindestens 30prozentigen Anteils an mietpreisgebun-

denem Wohnraum, des altersgerechten Wohnens und der ein oder anderen sozialen Infrastrukturmaßnahme um. Im vergangenen Jahr wurden von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Treptow-Köpenick 142 Wohnungen fertiggestellt, 242 sind im Bau und 651 befinden sich im Baugenehmigungsverfahren. Über derzeit laufende Bebauungsplanverfahren planen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften absehbar über 2 Tsd. weitere Mietwohnungen.

Die in unserem Bezirk vertretenen Wohnungsbauvereine leisten ebenfalls einen aktiven Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes. In ihrer Trägerschaft sind aktuell ca. 1 Tsd. weitere Wohnungen bereits im Bau oder im Baugenehmigungsverfahren.

Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs stellt zweifelsohne eine Herausforderung dar, bietet zumindest in Treptow-Köpenick aber keinen Anlass zu der Befürchtung, dass es in den nächsten Jahren an Wohnraum mangeln wird. Treptow-Köpenick ist gut aufgestellt!

Älter, jünger und vielfältiger Bevölkerungswachstum und demografischer Wandel in Berlin und Treptow-Köpenick

Nach einer aktuellen Prognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wächst die Berliner Bevölkerung bis 2030 um 266.000 Menschen auf 3,8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Bis 2030 werden etwa 24.000 mehr Menschen in Treptow Köpenick leben. Gleichzeitig verändert sich die Bevölkerung. Die guten Lebensbedingungen und der technische Fortschritt ermöglichen eine immer längere Lebensdauer. Es ist eine neue Lebensphase entstanden - nach dem Berufsleben und vor der Pflege sind viele Menschen noch viele Jahre aktiv. Sie engagieren sich für die Familie, im Ehrenamt und genießen ihre Freizeit. Der Anteil der 65- bis 80-Jährigen wird sich in Treptow-Köpenick bis 2030 um mehr als 40% erhöhen, die Zahl der Über-80-Jährigen steigt sogar um 140%. In Treptow-Köpenick ist damit der demografische Wandel bald vollzogen, der für weite Teile der Bundesrepublik Deutschland erst viel später prognostiziert wird.



Foto: Simone Hainz / pixelio.de

Der Anteil der jungen Bevölkerung. Mit

über 20% ist die Altersgruppe der bis 25-Jährigen relativ hoch. Durch Zuzüge aus dem Ausland und die Flüchtlinge wird unsere Bevölkerung vielfältiger. All das erfordert eine vorausschauende Politik. Der Druck auf öffentliche Mittel und Flächen erhöht sich. Neben dem Wohnungsbau bedeutet dies auch mehr Investitionen in Kitas, Schulen, die Qualität der Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration, Förderung des Ehrenamts, Ausbau der Barrierefreiheit, Verbesserung der Nachbarschaftshilfe, Erweiterung der ambulanten Pfl-

ge, verbessertes Fachärzteangebot und vieles mehr. Das Bezirksamt hat daher Ende letzten Jahres ein Demografiekonzept beschlossen. Darin werden viele verschiedene Handlungsfelder aufzeigt. Leben im Alter, Kinder/Jugend und Familien, Arbeit und Verwaltung, Gleichstellung und Teilhabe sowie Bürgerschaftliches Engagement aufgezeichnet. Insgesamt 27 Ziele mit 109 Maßnahmen hat sich der Bezirk vorgenommen, damit das Leben in Treptow-Köpenick für alle Menschen, aller Generationen attraktiv bleibt.

Grün Berlin betreibt Spreepark

Am 1. Januar diesen Jahres hat die Grün Berlin GmbH das etwa 30 ha große Areal vom Liegenschaftsfonds Berlin übernommen. Aufgabe der Grün Berlin ist es, ein hochwertiges und kulturaffines Nutzungs- und Betriebskonzept mit touristischer Strahlkraft zu entwickeln und zu realisieren, das der Lage im Plänterwald angemessen ist. Das weit hin sichtbare 40 m hohe Riesenrad soll sich bald wieder drehen. Zunächst muss die Verkehrssicherheit für das Gelände hergestellt werden, bevor der Spreepark wieder be-

sucht werden kann. Die vielen Gefahrenstellen, maroden Gebäude, Fahrgeschäfte und Stolperstellen müssen beseitigt und die Altlasten abgefahren werden. Im Rahmen der Verkehrssicherung wurden im Februar der Aufwuchs von Gehölzen und Sträuchern sowie bruchgefährdete Bäume entfernt. Für die Sanierung der Fläche stehen SIWA Mittel zur Verfügung. Für die Finanzierung der weiteren Entwicklungsbausteine sollen u.a. GRW Mittel (Mittel zur Förderung der regionalen touristischen Wirtschaftsstruk-

turen) akquiriert werden. Das benachbarte Eierhäuschen wird ebenfalls aus dem Sondervermögen des Landes SIWA saniert und als bedeutenden Anziehungspunkt für Erholungssuchende wieder reaktiviert.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Gabriele Schmitz
(Fraktionsvorsitzende)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Sabine Bock, Oliver Igel,
Rainer Hölmer, Gabriele Schmitz, Romana Seth,
Karin Zehrer

Sondermittel in Treptow-Köpenick

Die Sondermittel der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr bieten die Möglichkeit,

wichtige Projekte für den Bezirk und seine Bürger zu bezuschussen, die ohne diese Unterstützung nicht durchgeführt werden könnten.

Das Formular zur Beantragung von BVV-Sondermitteln und das entsprechende Merkblatt finden Sie im Internet unter:

www.berlin.de -> Bezirksamt Treptow-Köpenick -> Politik und Verwaltung -> BVV -> BVV-Sondermittel

Ausführliche Informationen zur Arbeit der SPD-Fraktion in der BVV finden Sie auf der Internetseite www.spd-fraktion-tk.de

KURZMELDUNGEN

EINE MILLION EURO ZUSÄTZLICH ZUR SANIERUNG VON SANITÄRANLAGEN IN SCHULEN

Abgeordnetenhaus und Senat haben erneut für jeden Bezirk eine Million Euro zusätzlich zur Sanierung von Sanitäranlagen in Schulen und Sporthallen bewilligt.

Treptow-Köpenick profitiert hiervon in drei Objekten von dieser zusätzlichen Summe. Zum Teil können bereits begonnene Maßnahmen fortgesetzt werden. „Ich freue mich mitteilen zu können, dass 2016 folgende Schule vom Sanitätsanierungsprogramm profitieren: das Archenhold-Gymnasium (555.000 Euro), die Sporthalle der Bouché-Schule (190.000 Euro) sowie Sophie-Brahe-Schule (255.000 Euro). Die Maßnahmen sollen in diesem Jahr abgeschlossen werden“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

STÄDTEPARTNERSCHAFTSVEREIN WÄHLT NEUEN VORSTAND

Bei seiner Mitgliederversammlung am 11. Februar wählte der Verein Partner Treptow-Köpenick e.V. seinen neuen Vorstand. Volker Thiel bekleidet wieder das Amt des Vorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Peter Groos und Oliver Igel. Wolfgang Knack wurde zum Schatzmeister gewählt. Als BeisitzerInnen sind im Vorstand Hasan Coetok, Harald Neumann, Heidrun Meißner, Matthias Schmidt und Karin Zehrer.

350.000 KWH SOLARSTROMERZEUGUNG AUF DÄCHERN DES BEZIRKS PRO JAHR

Insgesamt 15 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 367 kWp befinden sich inzwischen auf bezirkseigenen Dächern. Laut einem Bericht des Bezirksamtes entspricht der jährlich erzeugte Solarstrom einer Reduzierung von CO₂-Emissionen in Höhe von ca. 210 Tonnen pro Jahr. Die Photovoltaikanlagen befinden sich überwiegend auf Schulgebäuden, so zum Beispiel auf den Dächern der Turnhalle der Uhlenhorst-Schule, der Friedrichshagener Ahorn-Schule, der Grundschule in der Köllnischen Vorstadt, der Amtsfeld-Schule, der Grünauer Schule, der Schule am Pegasueck, der Melli-Beese-Schule und der Sonnenblumen-Grundschule. Aber auch auf dem Dach des Ordnungsamtssitzes in der Salvador-Allende-Straße befindet sich eine Photovoltaikanlage.

Investitionen in Straßen, Rad- und Gehwege

In Treptow-Köpenick werden die Mittel für die Straßeninstandsetzung voll ausgeschöpft. 2015 wurden über 5,1 Mio. Euro in die Sanierung von Straßen, Rad- und Gehwegen investiert. Darüber hinaus wurden 288.563,52 Euro für die Errichtung von Fußgängerüberwegen und Mittelinseln sowie knapp 50.000 Euro

für Bordsteinabsenkungen ausgegeben.

Fahrradsaison kann beginnen

Aus dem Radwegeprogramm des Senats wurden 2015 knapp 400.000 Euro für die Sanierung von Radwegen, den Bau neuer Radverbindungen sowie den Ausbau des Dahme-Rad-

weges und dessen Beschilderung genutzt. Inzwischen ist der Dahme-Radweg mit 123 km Länge fast fertig gestellt. An der Dammbrücke in der Nähe der Mündung steht eine der beiden Informationstafeln, die andere befindet sich am Fähranleger Wendenschloß und die nächste dann in Wernsdorf. In diesem Jahr ist u.a. die

Sanierung der Radwege Am Treptower Park (stadtauswärts zwischen Elsenstraße und Am Plänterwald), Fürstenwalder Allee (stadtauswärts zwischen Hochlandstraße bis Lagunenweg), Wegedornstraße (beidseitig zwischen Rudower Str. und Ernst-Ruska-Ufer), die Errichtung von Radverkehrsanlagen in der Werns-

dorfstraße (zwischen Adlergestell und Schwarzer Weg), die Errichtung eines Schutzstreifens An der Wuhlheide (stadteinwärts zwischen der Spindlersfelder Brücke und Treskowallee), sowie die Weiterführung der Radverbindung in der Oberspreestraße und restliche Arbeiten am Dahme-Radweg geplant.

Neue Spreebrücke wird Mathilde Rathenau heißen

Wenn alles nach Plan läuft, dann soll der 420 m lange Brückenschlag, der im Zuge der Süd-Ost-Verbindung zwischen Ober- und Niederschöneweide entsteht, 2017 fertig sein. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bat den Bezirk jetzt schon einen Vorschlag für Brückennamen zu unterbreiten. Es ist Aufgabe des Bezirksparlaments, sich darüber Gedanken zu machen und in der AG Gedenkkultur und ein paar Tage später in der BVV fiel die Entscheidung für Mathilde Rathenau als Namensgeberin der neuen Brücke.

Sabine Mathilde Rathenau (*17.3.1845 in Mainz, †28.7.1926 in Bad Freien-

walde) war die Ehefrau des AEG-Gründers Emil Rathenau und Mutter des späteren Reichsaußenministers Walther Rathenau. Sie engagierte sich in der von ihr und ihrem Ehemann gegründeten „Mathilde-Rathenau-Stiftung für weibliche Angehörige und Hinterbliebene von Angestellten der AEG und Berliner Elektrizitätswerke“. Nach der Ermordung ihres Sohnes Walther Rathenau war sie um sein öffentliches Andenken sehr bemüht, ordnete seinen Nachlass und übergab die Villa in der Königsstraße in Berlin-Grünwald dem Staat für ein Museum und als Sitz der neu gegründeten

Walther-Rathenau-Stiftung. Mathilde Rathenau wurde im Familiengrab auf dem Waldfriedhof Oberschöneweide beerdigt. Nach ihr ist auch die Mathildenstraße in Oberschöneweide benannt.

Die Straßenverbindung zwischen Rummelsburger und Köpenicker Landstraße wird den Namen „Minna-Todenhagen-Straße“ erhalten. Die Sozialdemokratin Minna Todenhagen (*14. August 1880 in Greifswald; †16. November 1950 in Berlin) war Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt und gehört zu den bedeutenden Frauen in der Sozialpolitik, die eng mit unserem Bezirk verbunden sind. Sie war 6 Jahre

Bezirksverordnete in Treptow, bevor sie sich von 1925 bis 1932 als Berliner Stadtverordnete vor allem um die Jugend- und Kinderfürsorge sowie Wohlfahrts- und Sozialpolitik kümmerte. Minna Todenhagens besonderes Fürsorgebedürfnis galt den Kindern. Aufgrund der knappen finanziellen Mittel der Arbeiterwohlfahrt organisierte sie 1924 die erste AWO-Lotterie zugunsten eines Kinderheims. Zudem baute sie die Schulung der Helferinnen und Helfer auf, um die Arbeit auf eine breite Basis zu stellen. Publizistisch machte sie ihre fortschrittlichen Ideen im Organ der sozialdemokratischen Frauenbewegung „Die Gleichheit“ in

mehreren Aufsätzen bekannt, in denen sie unter anderem für die Trennung von Kirche und Staat und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben eintrat. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde sie aus ihren Ämtern entfernt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Nach dem Hitler-Attentat 1944 wurde sie für einige Wochen in Haft genommen. Nach dem Krieg war sie als Beisitzerin im AWO-Landesvorstand tätig und wirkte von 1946 bis 1948 wieder als Stadtverordnete. Minna Todenhagen verbrachte einen Großteil ihres Lebens im damaligen Bezirk Treptow in Johannisthal.

Berliner Kinder mit überwiegend guter Gesundheit

Auswertung der Einschulungsdaten vorgelegt

Berliner Kinder sind grundsätzlich in einer guten gesundheitlichen Verfassung. Das belegen die Daten der Einschulungsuntersuchungen des Jahres 2014, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ausgewertet und jetzt vorgelegt wurden. In den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten der Berliner Bezirke sind zum Schuljahr 2014/15 insgesamt 16.446 Jungen und 15.015 Mädchen erstmals untersucht worden. Die Zahl der vor ihrer Einschulung untersuchten Kinder hat sich in den letzten Jahren durch Geburtenanstieg und Zuzug



Foto: Monkey Business Images / shutterstock.com

kontinuierlich erhöht. Der aktuelle hohe Zugang von Flüchtlingsfamilien spiegelt sich in dieser Auswertung der Einschulungsuntersuchungen noch nicht wieder.

Die Ergebnisse des Berichts:

- Die Kinder wachsen mehrheitlich in einem Haushalt mit beiden Elternteilen auf, der Anteil Alleinerziehender ist leicht zurückgegangen.

- Das familiäre Gesundheits- und Risikoverhalten hat sich gegenüber dem Jahr 2005 verbessert. Kinder-Früherkennungsuntersuchungen werden häufiger in Anspruch genommen.
- Der Anteil der Nichtraucherhaushalte ist weiter angestiegen.
- Leichter Anstieg der Impfquote.
- Kinder erlernen leichter die deutsche Sprache und profitieren von der Förderung ihrer sozialen, körperlichen und geistigen Entwicklung. Das kommt nicht nur Kindern nicht-Deutscher Herkunftssprache zu Gute.
- Fast 90 Prozent der Kinder

besuchen zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung bereits seit mehr als zwei Jahren eine Kita.

- Der Anteil übergewichtiger (einschließlich adipöser) Kinder liegt berlinweit seit 2011 konstant unter 10 %. Betroffen sind jedoch mehrheitlich Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Auch in den Tests zur motorischen, kognitiven und sprachlichen Entwicklung zeigten diese Kinder häufiger Auffälligkeiten.
- Die Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund werden mehrheitlich als genauso gut oder sogar besser eingeschätzt als die der sie begleitenden Elternteile.

Köpenicker SC gewinnt gegen Potsdam

Sieg der Volleyballerinnen in der 1. Bundesliga

In der 1. Bundesliga trafen sich in der Hämmerlingsstraße, am 30. Januar 2016, die Volleyball-Frauen des Köpenicker SC (KSC) gegen die Lokalrivalinnen des SC Potsdam. Von Anfang an war es ein intensives Spiel, in dem die Berlinerinnen schlussendlich ein Mehr Siegeswillen auch in einen Matcherfolg münden lassen konnten. Unter den knapp 750 anwesenden Volleyballfans befand sich auch der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick Oliver Igel sowie der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt (SPD). Sie feierten



109:109 - so lautete der Punktestand nach 2 Stunden effektiver Spielzeit.

Foto: Oliver Igel

ihre Lieblinge, die damit den zweiten Erfolg in Serie für die Verbesserung des Tabellenbildes nutzten.

Der erste und zweite Satz gingen nach einer grandiosen Aufholjagd an den KSC. Leider gingen der dritte und vierte Satz dann an Potsdam. Es kam zum Satzausgleich. Nun musste der 5. entscheidende Satz gewonnen werden.

Unter jubelnden Zuschauer „Auf geht's KSC!“ gewannen dann schließlich die KSC-Frauen mit 15:10 diesen entscheidenden Satz und damit das Spiel mit 3:2. Herzlichen Glückwunsch!

WUSSTEN SIE SCHON?

...dass Treptow-Köpenick das sparsamste Berliner Bezirks-Parlament hat? Diese Information war der 29. Ausgabe des Berliner Amtsblatts zu entnehmen. Für die BVV Treptow-Köpenick sind in diesem Jahr 855.100 Euro im Bezirkshaushaltsplan für Personal, Sachmittel, Repräsentationszwecke, Aufwandsentschädigungen für die Bezirksverordneten und Zuschüsse für die Fraktionen eingestellt. Die teuerste BVV hat der bevölkerungskleinste Bezirk Spandau. Dort können in diesem Jahr knapp 1,03 Mio. Euro ausgegeben werden.